

27./IV. 1916

(Die neuen Bedingungen für den Verkauf von Fabriksgründen.) Die Vorlage der Stadtbau-
sektion betreffend die Feststellung der neuen Bedingungen für
den Verkauf von Fabriksgründen, die bekanntlich von der
Tagesordnung der jüngsten Generalversammlung abgesetzt
worden ist, wurde heute nachmittag von der volkswirt-
schaftlichen Sektion des Magistrats verhandelt.
Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Dr. Franz Déri. Die
Vorlage der Stadtbauktion referierte Magistratsrat Dr.
Franz Harrer, der unter anderem hervorhob, daß die Vor-
lage bloß als ein Uebergang zur definitiven
Lösung der Fabriksfrage zu betrachten sei. Eine end-
gültige Lösung könne nur in der Weise erfolgen, daß in der
Hauptstadt oder in deren Nähe Territorien bestimmt werden,
die sich für Fabrikszwecke am besten eignen. In der Vorlage
handelt es sich nur um solche Grundstücke, die bis zur definitiven
Regelung der Frage zu Fabrikszwecken überlassen werden kön-
nen. Sodann unterbreitete Magistratsrat Dr. Emil Vita den
auf die Vorlage bezüglichen Antrag der volkswirtschaft-
lichen Sektion. Die Sektion nimmt wohl die Vorlage an,
wünscht jedoch eine dahingehende Ergänzung, daß der Magistrat
aufgefordert werde, sich mit den Fragen der Placierung der
Bahnhöfe, des Handelshafens usw. zu beschäftigen, für ein ge-
eignetes Territorium zur Schaffung eines moder-
nen Fabriksviertels zu sorgen und die Frage zu
studieren, für welche Industriezweige unsere Verhältnisse am
günstigsten sind. An der nun folgenden Debatte beteiligten sich
zahlreiche Redner. Leopold Horváth meint, die in Rede
stehenden Gründe seien nicht derart beschaffen, daß sie ständig
zu Fabrikszwecken geeignet wären. An einer bestimmten Stelle
werden sich diese Grundstücke zu Hausgründen entwickeln.
Redner wünscht, daß die Hauptstadt selbst die Regelung der
Frage durchführe und die Geltendmachung privater Interessen
verhindere. Die Hauptstadt möge sich ehestens das Expropria-
tionsrecht sichern, damit das Programm so rasch als möglich
verwirklicht werden könne. — Ignaz Frisch beantragt, die
Hauptstadt möge die einzelnen Grundstücke an solche Personen
verkaufen, die sich verpflichten, auf den Grundstücken Fabriken
zu errichten. Die strengen Bedingungen hält er für nicht zeit-
gemäß. — Dr. Anton Petecsek bemerkt, daß die Groß-
industriellen die Vorlage als industriefeindlich bezeichnen, dies
sei jedoch unbegründet. Redner ist der Ansicht, daß die Haupt-
stadt selbst um den Preis von Opfern die Errichtung von
Fabriken fördern müßte. Die von der Donau entfernter ge-
legenen Grundstücke hält er für zu Fabrikszwecken ungeeignet.
Er spricht sich gegen die Bestimmung aus, daß das Grundstück
nach 90 Jahren wieder in den Besitz der Hauptstadt gelange;
dieser Punkt der Vorlage ist eben die Hauptursache, daß die
Fabrikanten die Vorlage für industriefeindlich halten. Wenn
die Fabrikanten wissen, daß sie nach 90 Jahren das Grundstück
übergeben müssen, werden sie sich hüten, nach einer bestimmten
Zeit neue Investitionen zu machen. Die Vorlage nimmt er
übrigens an. — Viktor Herz billigt nur jenen Teil der Vor-
lage, der sich gegen die Grundspeculation richtet. Da aber die
Vorlage sonst geeignet ist, die Industrieentwicklung zu hemmen,
nimmt er sie nicht an und beantragt, sie behufs Umarbeitung
der Sektion zurückzugeben. — Dr. Josef Waigand lehnt
ebenfalls die Vorlage ab. — Magistratsrat Dr. Franz
Harrer trat der Auffassung entgegen, als ob die Vorlage eine
industriefeindliche Tendenz enthielte. Nachdem noch mehrere
Redner gesprochen hatten, wurde der Antrag Viktor Herz
samt dem der volkswirtschaftlichen Sektion angenommen.